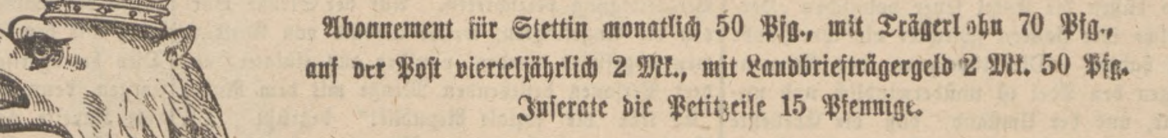
Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.



Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg., auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Mittwoch, den 21. April 1886. Nr. 187.

Deutschland.

Berlin, 20. April. Nach der Annahme des Präsidiums des Abgeordnetenhauses, welche wohl im Einvernehmen mit der Regierung voraussetzt, wäre der Schluß der Landtagssession in der zweiten Juniwoche, also vor Pfingsten, mit Sicherheit herbei zu führen. Um so überraschender ist die Mittheilung einer offiziösen Korrespondenz, wonach die Session erst Ende Juni, also erst nach Pfingsten, geschlossen werden soll. Wir erfahren mit Bestimmtheit, daß, abgesehen von der Möglichkeit einer auf die Spiritussteuer bezüglichen Vorlage, wichtigere Arbeiten dem Landtage in dieser Session nicht mehr zugehen werden.

— Das heute früh über das Befinden des Kronprinzen ausgegebene Bulletin lautet:

„Die Fortschritte im Befinden Sr. k. k. Hoheit des Kronprinzen dauern an.

Dr. Wegner."

— Der Bischof von Madrid ist gestern Nachmittag 5¼ Uhr seiner am Sonntag erhaltenen Verwundung erlegen. Aus einer Madrider Depesche der „Indep. belge" erhellt, daß der Mörder des Bischofs, der ehemalige Priester Galeotto, sein Verbrechen mit großer Kaltblütigkeit geplant und vorbereitet hat. An eine ganze Reihe Madrider Zeitungen hatte er anonyme Zuschriften geschickt, in denen er den Mord ankündigte. „El Progreso" und andere Blätter haben gestern den Brief veröffentlicht, der voll von Klagen gegen die kirchlichen Oberen ist und dieselben beschuldigt, ihn, den Mörder, zu der That getrieben zu haben; die gegen den ermordeten Bischof darin ausgesprochene Drohung ist nicht mißzuverstehen. Der Mörder hatte am Sonntag eine Stunde lang in der Kathedrale auf die Ankunft des Bischofs gewartet; dann näherte er sich letzterem unter dem Vorwande, seinen Ring zu küssen. Sein Priestergewand erleichterte ihm die Annäherung. Aus unmittelbarer Nähe feuerte er die Schüsse ab. Als er den Bischof blutend zusammenbrechen sah, richtete er den Revolver gegen sich selbst, wurde aber noch rechtzeitig entwaffnet. Die Polizei hatte große Mühe, ihn vor der aufs Aeußerste erregten Volksmenge zu schützen, die sofort Lynchjustiz üben wollte. Der ermordete Bischof hieß Martinez Izquierdo. Er war, wie der „N. Fr. Pr." über Paris gemeldet wird, ein sehr strenger Geistlicher, ja, er wurde von mehreren seiner Amtsgenossen bekämpft, weil er gewissen Geistlichen die bisher gestatteten Freiheiten wieder verbot. Er untersagte beispielsweise das Beichthören allen Priestern, von deren Moralität er nicht überzeugt war und die er für nicht gebildet genug hielt. Der Bischof war ein guter Redner, Deputirter und auf dem Punkte, zum Senator für Lebensdauer ernannt zu werden. Er war ein Anhänger der regierenden Dynastie, weshalb er auch auf den Widerstand eines Theiles des niederen, Don Carlos ergebenen Klerus traf. Die Königin Christine brach in Thränen aus, als man ihr die Nachricht von dem traurigen Ereignisse überbrachte.

— Bei dem Prinzen Alexander von Hessen hatte während dessen kürzlicher Anwesenheit in Wien der dortige Korrespondent des „Pest. Lloyd" eine Audienz. Wir berichten über dieselbe das Wesentliche, wie folgt:

Seit drei Tagen (die Korrespondenz ist vom 17. d. M. datirt) befindet sich Prinz Alexander, der Vater des Fürsten von Bulgarien, in Wien, wo der ehemalige österreichische Feldherr die auszeichnendste Aufnahme seitens des Kaisers und der österreichischen Prinzen gefunden. Innige Sympathie ist es, welche Kaiser Franz Josef für die Person des hessischen Prinzen und Feldmarschall-Lieutenants der österreichischen Armee empfindet und dieses Gefühl wird von unseren Erzherzogen getheilt. Für Jeden, der des Prinzen Lebensgewohnheiten kennt, ist es aber außer Zweifel, daß die diesmalige Fahrt nach Wien eine ganz besondere Veranlassung, einen eminent politischen Zweck haben müsse.

Eine freundliche Karte des Herrn Frohner verständigte mich gestern, daß für heute, 11½ Uhr Mittags, der Prinz mich empfangen wolle und pünktlich zur Minute stand ich dem Prinzen gegenüber, der mich höchst liebenswürdig empfing.

„Darf ich mir die direkte Frage über den Zweck der Reise Ew. Hoheit nach Wien erlauben?"

„Gewiß, und ich beantworte sie auch gern. Vorerst ist es das Bedürfniß, mich nach 2 Jahren wieder Sr. Majestät vorzustellen, welcher die Gnade hat, mich immer in den Armeelisten fortführen zu lassen, und dann — benütze ich das Verweilen hier, um mich in den hohen Kreisen über die daselbst herrschenden politischen Anschauungen, soweit sie die Interessen meines Sohnes betreffen, zu informiren."

„Haben Hoheit hier befriedigende Erfahrungen gewonnen?"

„Jawohl, jawohl. Man hat hier, soweit ich sehe, die besten Wünsche für die Entwicklung und die Dauer der fürstlichen Regierung in Bulgarien. An höchster Stelle hat das Wohlwollen für meinen Sohn in Nichts nachgelassen, und auch die österreichisch-ungarische Regierung will den Bestand der Regierung Alexander's über das geeinte Bulgarien. Ich glaube, Graf Kalnoky selbst wäre von der Nachricht eines Regentenwechsels in Bulgarien sehr unangenehm berührt; doch läßt sich nicht leugnen, daß Oesterreich-Ungarn zu einer russenfreundlichen Politik dringende, oder vielmehr bindende Veranlassung hat."

„Wird sich denn Rußland nicht doch endlich zu einer freundlichen Beurtheilung der Situation bekehren?"

„Nein; wir befürchten, daß sich da nichts mehr machen läßt. Russen sind es, die da unten gegen den Fürsten und seine Regierung konspiriren und agitiren und jeder Versuch der Versöhnung und Verständigung, der direkt oder indirekt am Hofe des Zars gemacht wurde, ist gescheitert."

Ich vermuthe, daß hier der Prinz indirekt auf den Besuch des Großherzogs von Hessen in Petersburg angespielt hat, welcher, wie es mit Bestimmtheit heißt, nur zum Zwecke der Versöhnung des Zars mit Alexander nach Rußland ging, und dem bei seiner Ankunft das Ersuchen zuging, mit keinem Worte der bulgarischen Affaire Erwähnung zu thun.

Aus dem weiteren Verlaufe des Gespräches konnte ich ein gewisses Vertrauen in die Zukunft bei dem Prinzen erkennen.

„Wir hoffen, meinte der Prinz, das Beste. Ich und mein Sohn, wir glauben, daß sich bei einer gesunden volksthümlichen Regierung noch Alles zum Besten wenden dürfte und daß dem Provisorium ein Definitivum folgen werde."

Auf speziellen Wunsch des Prinzen sprach ich über meine in Bulgarien gewonnenen Erfahrungen, namentlich darüber, wie viel Ersprießliches in wirthschaftlicher Beziehung in Bulgarien noch zu leisten wäre. Mit Heranziehung ausländischer Kapitalskräfte könnte das Land gerade unter dem Fürsten Alexander einen Aufschwung nehmen, welcher den sichersten und unzerstörbarsten Kitt zwischen dem Regenten und seinem Volke bilden würde.

„Sie haben Recht," meinte der Prinz, „aber die Sache hat einen Haken — das nicht zu bannende Mißtrauen der Bulgaren gegen den Ausländer. Mein Sohn hegte verschiedene Pläne und Wünsche in dieser Richtung, doch mußte er in den meisten Fällen auf die Verwirklichung derselben verzichten, weil eben die Abneigung gegen Ausländer hindernd in den Weg trat."

— Es ist bisher kaum beachtet worden, daß der durch Verordnung vom 17. November 1880 unter großen wirthschaftspolitischen Erwartungen ins Leben berufene „Volkswirthschaftsrath" seit 3 Monaten bereits sein gesetzliches Dasein wieder beschlossen hat. Das Mandat der 75 Mitglieder, welche bei Errichtung des Volkswirthschaftsraths für eine fünfjährige Sitzungsperiode berufen waren, ist, da die Veröffentlichung der Namen der Mitglieder am 14. Januar 1881 durch den „Rchs.-Anz." erfolgte, in der ersten Hälfte des Januar erloschen. Mehrfach verlautete zwar in der Provinzpresse von Vorbereitungen zu Neuwahlen, doch ist eine amtliche Ankündigung im „Rchs.-Anz." in den verflossenen 3 Monaten nicht erfolgt.

— Aus Fulda, 19. April, wird geschrieben: „Nachdem Bischof Kopp am Sonnabend aus Berlin hierher zurückgekehrt war, brachte ihm der gestrige Tag eine Reihe von Ovationen zur Beglückwünschung und Danksagung für seine Wirksamkeit im Herrenhause zur „Herbeiführung des kirchlichen Friedens". Zu diesem Behufe hatten sich bei ihm eingefunden das Domkapitel, eine Bürgerdeputation und eine solche des Magistrats. Der Bischof erklärte, daß er hoffnungsvoll der weiteren Entwickelung der friedlichen Verhältnisse entgegensehe und daß er dem Gedanken, daß Fürst Bismarck wegen „dunkler Punkte" am politischen Horizont den Frieden mit der Kirche erstrebe, nicht zustimmen könne; vielmehr hege Fürst Bismarck ein Friedensbedürfniß ohne Hintergedanken und man müsse demselben Rechnung tragen."

— Die Verfügung des Ministers des Innern vom 11. d. Mts., wonach die Polizeibehörden sich der gesetzlich bestehenden Koalitionsfreiheit gegenüber jeder Maßregel sorgfältig zu enthalten haben, welche als eine Parteinahme für die Arbeitgeber oder umgekehrt erscheinen könnte, auf der anderen Seite aber zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung streng darüber wachen sollen, daß der Lohnkampf ausschließlich auf friedlichem Wege und mit gesetzlichen Waffen zum Austrag gelangt, verdient in so fern eine besondere Beachtung, als sie gewissermaßen den Beweis liefert, daß man an maßgebender Stelle nicht daran denkt, der bisher bei Arbeitseinstellungen stets hervorgetretenen Ansicht zu entsprechen, daß die Koalitionsfreiheit durch die Erfahrung sich als ein Irrthum und Fehler erwiesen habe und darum das Koalitionsrecht aufgehoben oder beschränkt werden müsse. Die Gegner der Koalitionsfreiheit sahen bisher unter dem unangenehmen Eindruck der Streiks und der Mißbräuche, die sie im Gefolge hatten, vollständig über die guten und triftigen Gründe hinweg, welche den Reichstag und die Bundesregierungen veranlaßt hatten, den Arbeitern die Koalitionsfreiheit zu gewähren. Diese Gründe bestehen auch heute noch. Koalitionsverbote richten viel größeres Unheil an, als die Koalitionen selbst den Streikenden jemals nützen, sie bilden eine ewig fließende Quelle der Unzufriedenheit und bieten den Sozialdemokraten einen Angriffspunkt in ihrem Kampfe gegen die bestehende Staatsordnung. Dieselben sind gefährlich, weil sie in der That den Arbeitern ein gutes Recht verkümmern, weil sie in einem an sich ganz natürlichen Kampfe der Interessen die eine Partei der natürlichen Waffe berauben, die sie der anderen gewähren, und so in jener das Gefühl der Rechts- und Schutzlosigkeit, in dieser das Gefühl der Bevorzugung und die Meinung erzeugen, als habe sie ein gutes Recht auf solche Bevorzugung. Die feindseligen Leidenschaften, welche bei Arbeitseinstellungen vielfach zu Tage treten, waren nicht erst durch die Koalitionsfreiheit geschaffen worden; sie waren schon vor der Gewährung derselben nicht minder vorhanden und würden ohne dieselbe sich nur in anderer, darum aber nicht minder schlimmer Weise Befriedigung zu verschaffen gesucht haben. Es war also eine Nothwendigkeit, mit den Koalitionsverboten aufzuräumen. Damit wollen wir nicht sagen, daß man nicht auf Abwehr der mit der Koalitionsfreiheit verbundenen Mißbräuche sinnen solle. Im Gegentheil sind wir für solche Abwehrmaßregeln, und darum können wir der in Rede stehenden Verfügung des Ministers des Innern unsere Zustimmung nicht versagen.

— Neben den baulichen Einrichtungen des nach dem Eintritt Hamburgs in den Zollverein verbleibenden Freihafen Gebietes werden auch die übrigen Vorbereitungen für die Durchführung der Maßregel so gefördert, daß deren rechtzeitiger Vollzug gesichert wird. Es handelt sich dabei wesentlich um diejenigen organisatorischen und reglementarischen Bestimmungen, welche auf dem Gebiete der Zollverwaltung nothwendig werden. Es kommt dabei vor Allem die zollamtliche Behandlung des Verkehrs von und zu dem Freihafengebiet, die Privatläger, die Organisation des Zollabfertigungsdienstes in personeller und örtlicher Hinsicht und ähnliches mehr in Betracht. Die Verhandlungen, welche gegenwärtig in Hamburg stattfinden, bezwecken, an Ort und Stelle einerseits die nothwendigen Verständigungen mit dem Staate Hamburg herbeizuführen, andererseits, die seiner Zeit von der Zentralstelle zu erlassenden Aenderungen und Reglements festzustellen. So energisch aber, so wird offiziös bemerkt, auch die bezüglichen Arbeiten betrieben werden, so läßt der Umfang derselben einen alsbaldigen Abschluß nicht erhoffen, man wird vielmehr nicht fehlgehen, wenn man meint, daß es hierzu noch Wochen bedürfen wird.

Kiel, 17. April. Die beiden neuen Fahrzeuge der kaiserlich deutschen Marine, Panzerschiff „Oldenburg" und Kreuzerkorvette „Nixe", welche gegenwärtig in unserm Hafen liegen, ziehen vielfach die Aufmerksamkeit auf sich. Die „Nixe" lief am 23. Juli 1885 auf der kaiserlichen Werft in Danzig vom Stapel. Das Schiff hat 1700 Tonnen, es führt 10 Geschütze und eine Besatzung von 309 Mann. Die Maschinen arbeiten mit 700 Pferdekräften. Die Bestimmung der Kreuzerkorvette ist, zur Ausbildung von Schiffsjungen zu dienen, sie wird zunächst die älteren Jahrgänge an Bord nehmen und mit diesen, wie es heißt, nach ungefähr 3 Monaten, also Mitte Juli, die erste größere Reise nach Westindien antreten. Briefsendungen für S. M. S. „Nixe" sind bis weiter nach Kiel zu richten. Das Panzerschiff „Oldenburg" führt 8 Geschütze, hat 5200 Tonnen und Maschinen mit 3900 Pferdekräften. Das Schiff hat alle Einrichtungen nach den neuesten technischen Erfahrungen erhalten. Sämmtliche Räume werden durch elektrisches Licht erhellt, für dessen Herstellung eine besondere Maschine vorhanden ist. Den Mannschaften gewährt das Schiff insofern einen angenehmern Aufenthalt, als das Zwischendeck höher und demgemäß luftiger ist. Bekanntlich wird Prinz Heinrich von Preußen den Dienst eines ersten Offiziers an Bord des „Oldenburg" übernehmen; bis zur völligen Genesung des Prinzen von der Masernkrankheit ist eine Stellvertretung angeordnet. — Vorgestern wurden auf S. M. Kreuzerfregatte „Niobe" 30 Kadetten, welche ihre Eintrittsprüfung Tags vorher beendet hatten, eingeschifft. — Der Kommandant S. M. Schiffsjungen-Schulschiff „Ariadne", Korvetten-Kapitän „Barondon", hat die Geschäfte des Kommandeurs der Schiffsjungen-Abtheilung übernommen.

München, 17. April. Eine Regelung der Angelegenheiten der Kabinetskasse steht bevor. Der König hat, wie die „Frkf. Ztg." erfährt, durch den Ministerialrath Schneider Herrn von Lutz bedeuten lassen, daß er eine Regelung wünsche unter dem Vorbehalt, daß er über jede Einzelhandlung persönlich entscheide. Die Regelung erfolge unter Einverständniß der Agnaten auf rein private Weise. Eine Fortsetzung der Bauten werde nicht stattfinden.

Ausland.

Wien, 18. April. Der Polen-Klub hat schlimme Nachrichten aus Krakau erhalten, Nachrichten, welche die Herrschaften mit Schrecken erfüllen und deshalb sofort dem Minister-Präsidenten mitgetheilt wurden, auf daß geeignete Präventiv-Maßnahmen getroffen werden. Unter den Mazuren Westgaliziens ist eine gegen die adeligen Gutsbesitzer gerichtete Bewegung ausgebrochen; die Bauern meinen, daß man auf Andrängen der „Herren" wieder die Leibeigenschaft einführen wolle, und diese allerdings böse Aussicht ruft Empörung hervor. In drei Bezirks-Hauptmannschaften gährt es bedenklich und die Bewegung macht noch immer Fortschritte. Veranlaßt wurde dieselbe durch eine Petition zu Gunsten der Sonntagsheiligung, welche an das Abgeordnetenhaus gerichtet werden sollte. Edelleute und Geistliche sorgten für Unterschriften, bis die Bauern durch gewissenlose Agitatoren aufmerksam gemacht wurden, daß das Schriftstück, unter welches sie ihre Kreuze setzten, eigentlich die Wiedereinführung der Robot anstrebe. Der Erfinder dieser Petition, welche so unheilvollen Effekt machte, ist der Reichstags-Abgeordnete Cholkowski, Professor der Theologie in Krakau. Der Fanatiker ist erst vor drei Jahren aus Posen eingewandert und wurde sofort zum Professor gemacht. Er kannte die Verhältnisse nicht, wußte nicht, daß die polnischen Bauern dem polnischen Adel todtfeindlich gesinnt seien, und provozirte durch seine Petition die Bewegung. Hätte Pater Cholkowski die Verhältnisse gekannt, so würde er auch wohl gewußt haben, daß Fürst Sanguszko mit einer größeren Jagd-Gesellschaft im vorigen Herbste nur durch einen glücklichen Zufall dem sicheren Tode entrann. Die Bauern glaubten nämlich, daß sich in den fürstlichen Wäldern eine Insurgentenbande etablirt habe, bewaffneten sich mit Sensen und

Gabeln und zogen aus. Inzwischen war Sanguszko mit seinen Jagdgästen aufgebrochen, sonst wären die Herrschaften allesammt massakrirt worden. So büßen die Enkel jener polnischen „Herren“, welche ihre Bauern schlechter als ihre Hunde behandelt haben. Die Abneigung der Bauernschaft gegen den Adel ist unüberwindlich und unausrottbar, und der Umstand, daß die Edelleute die Reichsraths- und Landtags-Mandate der Landgemeinden durch alle Mittel und — Kunstgriffe an sich reißen und die Bauern von der Vertretung ausschließen, trägt wahrlich nicht dazu bei, den Haß der Bauern zu dämpfen. Vielleicht befiel die Herrschaften ein kalter Schauer, als Abg. Menger, selbst ein „Wasserpolak“ aus Schlesien, ihnen zurief, daß Schreckliches zu gewärtigen stände, wenn der galizische Landsturm mobilisirt würde und die Armee eine Schlappe erlitte.

Wien, 19. April. Nach Belgrader Mittheilungen fand gestern eine Versammlung der Ristitschianer im Hotel Bosnien statt. Das Komitee ließ sich Vollmacht für die Vereinbarung mit den Radikalen geben, vertheilte Agitationsprogramme und stellte Kandidaten für sämmtliche 121 Bezirke auf. An die Bezirksvereine wurden bedeutende Summen unbekannter Herkunft vertheilt.

Paris, 17. April. Der heutige Ministerrath genehmigte den Antrag des Kriegsministers, daß die vor zwei Jahren abgeschaffte Heerschau, welche seit 1879 am 14. Juli, dem Tage des Nationalfestes, auf den Longchamps abgehalten wurde, in diesem Jahre wieder stattfinden wird und daß derselben Abordnungen der Truppen, die in Tonkin gekämpft haben, anwohnen sollen. Die Armee wird in Folge dessen sich nicht am Nationalfeste betheiligen können und die Heerschau ist für diese sowie auch für die Zuschauer bei der meistens starken Julihitze eine Strapaze. Michelin, Planteau und Basly (Letzterer war doch um seine 25 Franks für den Tag besorgt und ist schleunigst von Decazeville zurückgekommen) wohnten heute der Kammersitzung an. Michelin und Planteau waren heute bei Freycinet, um ihm über die Lage in Decazeville zu berichten und ihm die Versicherung zu geben, daß die Arbeitseinstellung unter folgenden drei Bedingungen aufhören werde: 1) Entlassung Blazys; 2) Wiederherstellung der frühern Löhne; 3) allgemeine Amnestie für die Feiernden, d. h. kein Arbeiter kann von der Arbeit in den Gruben ausgeschlossen werden, weil er sich an der Arbeitseinstellung betheiligte. Die beiden Deputirten verlangten von Freycinet, daß die Regierung ihre Bemühungen fördere, um sofort der schwierigen Lage ein Ende zu machen. Freycinet versprach im Bereich des Möglichen die Forderungen der Arbeiter zu unterstützen und forderte die beiden Deputirten auf, den Bautenminister aufzusuchen.

In Algier ist vor einigen Tagen ein Soldat den Hungertod gestorben. Derselbe hatte früher dem 2. leichten algerischen Infanterie-Regiment angehört und war nach dessen Rückkehr aus Tonkin in ein Zuaven-Regiment gesteckt worden. Da er sich betrunken hatte, so wurde er in eine Gefängnißzelle der Kaserne Orleans eingesperrt. Zuerst erhielt er Essen und Trinken; dann vergaß man ihn, und als man am letzten Montag endlich wieder in seine Zelle kam, fand man nur seine Leiche. Seit acht Tagen hatte er keine Nahrung erhalten.

Paris, 18. April. In Villefranche standen gestern Duc Quercy vom „Cri du Peuple“ und Roche vom „Intransigeant“ vor dem Polizeigericht. Nach Eröffnung der Sitzung stellte der eine Vertheidiger, der Deputirte Milleraud, den Antrag, das Gericht möge sich für nicht zuständig erklären, denn die Beschuldigten hätten nur Preßvergehen begangen und seien deshalb vor die Geschworenen zu verweisen. Dem gegenüber betonte der Staatsanwalt Vacquier, daß nicht die Regierung, sondern er den Prozeß angestrengt habe, auch verdienten die Beschuldigten nicht das geringste Mitleid, denn sie seien elende Ehrgeizige, die nur darauf ausgingen, die Arbeiter auszubeuten. In einer überaus heftigen Erwiderung suchte der zweite Vertheidiger, der Deputirte Laguerre, den Staatsanwalt zu widerlegen: „Sie werden“, so rief er den Richtern zu, „sich nicht von den persönlichen Erklärungen des Herrn Staatsanwalts hinreißen lassen, der mir wohl gestatten wird, ihm den Rath zu geben, seinen Pascal noch einmal nachzulesen; er wird daraus lernen, daß das Ich immer gehässig ist.“ Nachdem sich die Erörterungen in Rede und Gegenrede immer mehr zugespitzt hatten, erklärte Laguerre, er habe bei der Anrede des Staatsanwalts das übliche Beiwort „ehrbar“ absichtlich fortgelassen, und zwar aus Gründen, über welche ihn seine Kollegen von Prades und die Geschäftsbücher der Gesellschaft der Südbahn aufklären würden. (Vacquier soll sich als Vertreter der Staatsanwaltschaft in Prades derartige Ungesetzlichkeiten erlaubt haben, daß der dortige Advokatenstand sich weigerte, vor ihm aufzutreten.) Vacquier erklärte, ihn persönlich träfen die Verleumdungen des Anwalts nicht, aber in seiner Person sei der „Staatsanwalt der Republik“ beleidigt, er müsse deshalb verlangen, daß gegen Laguerre eine Disziplinarstrafe verhängt werde. Da die Bemühungen des Vorsitzenden, Laguerre zu einer Zurücknahme seiner Worte zu bewegen, erfolglos blieben, so zog sich der Gerichtshof zur Berathung zurück und ertheilte Laguerre wegen seines Auftretens einen Verweis, gegen welchen er Berufung einzulegen erklärte. Die Ablehnung der Anträge der Vertheidiger, die Angeklagten vorläufig in Freiheit zu setzen und die Sache zu vertagen, erregte von Neuem stürmische Auftritte. Duc-Quercy rief: „Wir erkennen Sie nicht als unsere Richter an!“ und schließlich erklärten beide Angeklagten unter dem Jubel der Zuhörerschaft, daß sie auf eine Vertheidigung verzichteten. Auf der Straße wurden die Angeklagten, welche alsbald von Gendarmen abgeführt wurden, von der aus einigen Hundert Personen bestehenden Menge mit dem Rufe: „Es lebe die soziale Republik!“ begrüßt. Die Gendarmen wollten die Menge zerstreuen, sie wurden aber von dem Unterpräfekten daran gehindert, der ihnen mit lauter Stimme ihr Vorgehen verwies. Vor dem Gefängniß gab es noch einmal eine Kundgebung, ohne daß es jedoch zu ernstlichen Ruhestörungen gekommen wäre. Heute Morgen um 9 Uhr wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen, um $11^1/_2$ Uhr zog sich der Gerichtshof zur Berathung zurück; das gestern bereits mitgetheilte Urtheil lautet gegen beide Angeklagten wegen Aufreizung zur Arbeitseinstellung zu 15 Monaten Gefängniß.

Paris, 18. April. Der Kriegsminister Boulanger hat den Befehl vom 24. März über die Verlegung einer größern Anzahl von Regimentern wieder rückgängig gemacht, dagegen hat er jetzt angeordnet, daß in Zukunft den Offizieren und wieder angeworbenen Unteroffizieren, welche nach mehrjährigem Aufenthalt in der nämlichen Garnison eine Versetzung wünschen, alle Erleichterungen gewährt werden sollen. Boulanger bietet augenscheinlich Alles auf, um sich bei den Offizieren und besonders bei den Unteroffizieren wieder beliebt zu machen. So weist denn „Figaro“ heute bereits auf die Gefahr hin, die ein solcher Kriegsminister darbiete, und drückt die Befürchtung aus, daß er eines schönen Tages einen Handstreich versuchen werde.

Paris, 19. April. In der französischen Deputirtenkammer machte der Marineminister interessante Mittheilungen über die Verhältnisse seines Ressorts. Admiral Aube ordnete vor Kurzem an, daß alle diejenigen Kriegsschiffe aus der Flottenliste gestrichen werden sollten, welche unverhältnißmäßig hohe Reparaturkosten erfordern würden. In der Sonnabend-Sitzung richtete nun der Abg Liais eine Anfrage an den Minister, indem er die von diesem ergriffene Maßregel als eine beispiellose bezeichnete, da 33 Kriegsschiffe, die mehr als 100 Millionen Francs kosteten, mit einem Schlage verschwunden seien. Der erwähnte Abgeordnete rügte insbesondere, daß der Admiralitätsrath vom Marineminister in dieser Angelegenheit nicht befragt worden wäre. In seiner Erwiderung betonte Admiral Aube, daß er die volle Verantwortlichkeit für die von ihm getroffenen Maßregeln übernehme, wie denn der Admiralitätsrath nur eine konsultative Stimme hätte. Der Marineminister hält dafür, daß durch die Beseitigung der untauglichen Kriegsschiffe die Streitkräfte zur See, weit entfernt, eine Schwächung zu erfahren, vielmehr wesentlich gestärkt würden, insofern nämlich „Licht über die Realität der Dinge“ verbreitet werde. Admiral Aube betonte, daß die bloße jährliche Unterhaltung dieser non-valeurs Frankreich nicht weniger als 3,204,000 Francs kosten würde. Im Gefühle, mit einer Kriegsflotte von 350 Schiffen, unter denen sich 40 bis 50 gepanzerte befänden, den eigenen Streitkräften zur See voll vertrauen zu können, würde sich das Land in voller Sicherheit wiegen, und hierin erblickt der Minister eine ernsthafte Gefahr. „Wir, die wir gesehen haben“, bemerkte Admiral Aube, „wohin uns eine falsche Sicherheit geführt hat, wünschen nicht, daß Frankreich jemals einem Sedan zur See preisgegeben werde.“ Daß diese Erklärungen des Ministers den Beifall der überwiegenden Mehrheit der Deputirtenkammer fanden, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 21. April. Die deutsche anthropologische Gesellschaft, welche ihren alljährlichen Kongreß diesmal in Stettin halten wird, hat für diesen Zweck die zweite Woche des August gewählt. Außer den berühmten Begründern und Leitern dieser Gesellschaft, wie Rudolf Virchow, Heinrich Schliemann, Johannes Ranke, werden wir voraussichtlich auch die skandinavischen Forscher vollzählig bei uns sehen. Auch süddeutsche Anthropologen, welche mit dem Kongreß eine Reise nach dem prähistorisch so interessanten Rügen zu verbinden beabsichtigen, haben, wie wir hören, schon in großer Zahl ihr Erscheinen zugesagt.

— Landgericht. — Strafkammer 1. — Sitzung vom 20. April. — Ein eigenartiger und höchst frecher Betrug, verbunden mit ideeller Urkundenfälschung, gelangte heute zur Aburtheilung. Der Steinträger Gust. Heinr. Emil Hermes, welcher sich als „Kriminalstudent“ mit Vorliebe in dem Zuhörerraume des Landgerichts umherdrückt, befand sich auch im Dezember v. J. daselbst, als vor der Strafkammer 3 wider den Kossäth Rob. F. W. Ohm aus Henkenhagen wegen Verleitung zur Brandstiftung verhandelt wurde. In dieser Sache wurde u. A. der Arbeiter Otto Albert Franz Reimer als Zeuge vernommen, in welchem Hermes einen alten Regimentskameraden wiedererkannte. Nach Beendigung der Verhandlung erhielt Reimer das zur Erhebung der Zeugengebühren nöthige Formular, auf welchem außer seinem Namen auch der Name des Arbeiters Kapelke verzeichnet war, welcher gleichfalls in der Ohm'schen Sache Zeugniß abgelegt hatte. Kapelke war nicht mehr zur Stelle und die beiden Regimentskameraden wurden sich darüber einig, daß an dessen Stelle Hermes die Gebühren erheben solle; sie begaben sich auch beide in das Büreau, in welchem die Gebühren angewiesen wurden und nachdem sie die nöthige Auskunft ertheilt, wurden für Kapelke 7,50 Mk. angewiesen, welche Hermes sodann auch an der Kasse des Amtsgerichts erhob und dabei die Quittung mit dem Namen „Kapelke“ unterzeichnete. Dies betrügerische Manöver blieb nicht lange verborgen, denn bald darauf verlangte auch der richtige Kapelke Zeugengebühren, der Betrug wurde entdeckt und Hermes noch an demselben Tage in Haft genommen, als er seinen Freund Reimer zur Bahn begleitete. Hermes gestand den Betrug ein, ebenso konnte er nicht leugnen, daß er bereits im November v. J. auf den Namen verschiedener Restaurateure Bestellzettel in 6 Fällen gefälscht hatte und unter Vorzeigung derselben Waaren erschwindelt hatte. Gegen Hermes war deshalb Anklage wegen Betruges mit ideeller Urkundenfälschung, gegen Reimer wegen Beihülfe in einem Falle erhoben und wurde H. zu 9 Monaten und 1 Jahr Ehrverlust, R. zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt. Der oben genannte Kossäth Ohm war wegen Anstiftung des H. angeklagt, er wurde jedoch freigesprochen.

Vermischte Nachrichten.

Berlin. Im Café Bauer erregten gestern Nachmittag einige Chinesinnen in ihrer Nationaltracht das größte Aufsehen durch die selbst bei Töchtern des himmlischen Reiches exorbitante Kleinheit ihrer Füße. Eine der chinesischen Frauen trug kurze breite Filzschuhe, die andere hingegen rothe Atlasschuhe, reich vergoldet und hochhackig. Die ganze Länge der Füße betrug ca. sechs bis sieben Zentimeter. Die Damen gehörten zu einer hier weilenden chinesischen Gauklergesellschaft, die sich auf der Durchreise nach Rußland befindet. Die auf so kleinem Fuß lebende holde chinesische Weiblichkeit war von Neugierigen stark umdrängt, ließ sich dadurch aber nicht abhalten, ruhig ihren Thee zu schlürfen.

— Die Frage, ob König Philipp von Spanien seinen aus der Art geschlagenen, oder wie jetzt auch angenommen wird, schwachsinnigen Sohn Don Carlos hat hinrichten lassen, oder ob dieser eines natürlichen Todes gestorben ist, hat, wie das „D. Mtgsbl.“ berichtet, einst der bekannte „Diamantenherzog“ von Braunschweig praktisch zu lösen unternommen. Er erwirkte sich vom spanischen Könige die Erlaubniß, die Gruft von Aranjuez zu besichtigen, obgleich dieser sehr bezweifelte, daß die Mönche trotz seiner Erlaubniß in die Oeffnung des Sarges willigen würden. In der That weigerte sich der Prior, dies zu thun, obgleich sich der Herzog für einen der spanischen Geistlichkeit besonders willkommenen Oesterreicher ausgab. Doch seinem diplomatischen Vorgehen und noch mehr seinen reichlichen Geldspenden gelang es, den Prior zur Nachgiebigkeit zu bewegen, der ihn alsbald durch einen Pater zur Gruft geleiten ließ. „Bald kamen wir,“ erzählte der Herzog, „an den Sarg, welcher Don Carlos einschließt. Er ist mit rothem Sammet beschlagen, der ganz verschossen und mürbe wie Zunder geworden war. Mit Hülfe des Geldes bewog ich den Pfaffen nach langem Weigern, mir den Sarg zu öffnen, was, wie sich zeigte, mit sehr geringer Mühe zu bewerkstelligen war. Doch das Resultat blieb ungewiß. In der That zeigte sich am Gerippe der Kopf vom übrigen Körper getrennt, aber ob durch das Schwert oder die Zeit, ist nicht zu ermitteln.“ So ergab auch diese demonstratio ad oculos ein non liquet, das auch dem heutigen Stande der Forschung entspricht.

— (Bettlerstolz.) Auf der Ringstraße in Wien fleht eine Bettlerin das Mitleid der Vorübergehenden an für zwei mit Lumpen vollständig verhüllte Kinder in einem kistenartigen Wägelchen. Eine elegant gekleidete Dame zieht ihr Portemonnaie und giebt der Bettlerin einen Gulden. — Die Dame: „Und nun lassen Sie mich 'mal die Kinder sehen.“ — Die Bettlerin (rasch den Wagen fortschiebend): „Was glaubt denn die Frau eigentlich?! I laß meine Kinder nit für's Geld anschau'n!“ (Verschwindet mit dem Wagen; an der nächsten Ecke aber stellt der Wachmann fest, daß dieser nur zwei Lumpenbündel enthält.)

— (Die neueste Pariser Verkaufsmethode.) Das bisherige Ausbreiten von Waaren in den Schaufenstern und auf den Straßen, das Abfangen von Kunden durch die vor den Läden aufgestellten Kommis ist bereits in Paris nicht mehr Mode. Man ist anderen Sinnes geworden und arbeitet nun pantomimisch und nicht mehr mit der Zunge. Die sonst üblichen Auslagestücke werden, wie „Ack. Ill. W. Gew.-Ztg.“ berichtet, von einem elegant gekleideten Herrn im Innern durch das Schaufenster in folgender Weise vorgeführt. Zur Seite befinden sich eine große Anzahl von Schiefertafeln. Auf diesen Tafeln steht die Nummer des Stückes, die Anzahl, der reelle Werth desselben und der Verkaufspreis. Der Verkäufer nimmt den Gegenstand, sagen wir z. B. ein Speise-Service, zeigt die einzelnen Stücke (ohne ein Wort zu reden, stets hinter der Glaswand), nimmt die betreffende Schiefertafel, deutet auf die Zahl der Stücke, auf den wirklichen Werth und schließlich auf den Verkaufspreis. Ist dies geschehen, wird dieses Stück zur Seite gestellt, die Schiefertafel auf die andere Seite gebracht und das stumme Spiel wird mit einem anderen Gegenstande auf dieselbe Weise fortgesetzt. Natürlich ist hierzu eine große Anzahl von Schiefertafeln nöthig, um mit der Mimik allein auszukommen. Man muß sagen, daß die Methode für den Verkäufer sehr bequem ist. In einen solchen Laden treten dann nur zum Kaufe entschlossene Personen. Da diese neue Verkaufsmethode eine stumme ist, so ist es natürlich, daß es hier nur männliche Verkäufer geben kann.

— (Ein Rezept gegen das Duell.) Als der König von Schweden, Gustav Adolph, gewahr wurde, daß die Duellwuth in seinem Heere furchtbar um sich griff, verbot er bei Todesstrafe jeden Zweikampf dieser Art. Einige Zeit nach Erlaß dieses Verbotes geriethen zwei seiner vornehmsten Offiziere in einen heftigen Streit und da sie denselben mit dem Degen beilegen wollten, baten sie den König um die Erlaubniß, sich schlagen zu dürfen. Anfänglich befremdete Gustav dieses Ansinnen; jedoch als kluger Monarch benutzte er diese Gelegenheit, um die mörderische Unsitte bei seinen Unterthanen auf immer auszurotten. Er gewährte ihnen ihre Bitte und ließ ihnen sagen, er wolle in Person dem Zweikampfe beiwohnen und nachdem er Stunde und Ort bestimmt hatte, begab er sich in Begleitung einer Abtheilung Fußsoldaten dahin, welche die beiden Kämpfer umzingeln mußten. Darauf ließ er den Henker kommen und sagte zu ihm: „Sobald einer von ihnen fällt, schlägst Du vor meinen Augen dem andern den Kopf ab!“ Diese Worte waren ein Donnerschlag für die beiden Gegner; sie erkannten den Fehler, den sie begangen hatten, baten den König fußfällig um Verzeihung und schwuren einander ewige Freundschaft. Seitdem war in der schwedischen Armee von keinem Duell mehr die Rede.

— (Ungerechtfertigt.) Kommis: Herr Prinzipal, der Herr Kassirer ist mit 2000 Mark nach Amerika durchgebrannt!“ Chef (im Eifer): O, du verfluchter Kolumbus.

— (Diplomatisch!) „Haben Sie die schändliche Broschüre gelesen, Herr Baron, welche man gegen Sie veröffentlicht hat?“ — Diplomat (gleichmüthig): „Ja.“ — „Was gedenken Sie zu thun?“ — Diplomat: „Nichts.“ — „Wie, Sie wollen diesen infamen Lügen nicht entgegentreten?“ — Diplomat: „Nein, das Publikum wird nicht daran glauben. Die über mich verbreiteten Dinge sind dazu nicht unwahrscheinlich genug.“

— (Logisch.) Ein Professor der Chirurgie fragt seine Zuhörer: „Sie sehen, daß das rechte Bein des Patienten kürzer ist als das linke und daß er in Folge davon hinkt. Nun, was würden Sie in einem solchen Falle thun?“ — Ein überreifer Student antwortet: „Ich würde auch hinken.“

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Posen, 20. April. Die Konsekration des Erzbischofs wird bereits am 16. Mai und der Amtsantritt desselben Ende Mai, spätestens Anfangs Juni, erfolgen.

Leipzig. 20. April. In dem Prozesse gegen den Direktor der Vereinsbank, Sternberg, wegen formaler Verstöße gegen das Aktiengesetz bei Gründung der Oelheimer Petroleumgesellschaft ist das von Sternberg gegen das Urtheil der Strafkammer des Berliner Landgerichts eingelegte Rechtsmittel der Revision vom Reichsgericht verworfen worden.

Wien, 19. April. Der „Polit. Korresp.“ wird aus Belgrad gemeldet: Die Nachricht deutscher Blätter, Serbien gedenke wegen der finanziellen Krisis ein neues Abkommen abzuschließen, wird von authentischer Seite für vollkommen falsch bezeichnet.

Dem Könige sind anläßlich des Nationalfestes aus allen Theilen des Landes Glückwünsche zugegangen. Die Wahlbewegung beginnt unter günstigen Auspizien für die Regierung.

Wien, 20. April. Galizische Blätter melden, der Kaiser werde im Sommer zu den Manövern nach Galizien kommen und zwei Tage in Krakau verweilen.

Die Nachrichten vom Brande in Stry lauten immer schrecklicher. Bisher wurden 60 verbrannte Leichen gefunden, 7000 Personen haben all ihr Hab und Gut verloren. Die Funken flogen meilenweit und steckten die Bauernhütten der Umgebung in Brand. Im Umkreise von vielen Meilen war der intensive Brandgeruch zu spüren. — Der Kaiser hat 5000 Gulden für die Opfer der Katastrophe gespendet.

London, 20. April. Das Unterhaus erledigte im Fortgang der Sitzung die Spezial-Debatte der schottischen Kleinbauern-Bill und vertagte sich darauf bis zum 3. Mai d. J.

London, 20. April. Wie die Morgenblätter melden, wird Lord Hartington die Verwerfung der irischen Homerule-Bill beantragen.

Petersburg, 20. April. Ein heute veröffentlichtes Gesetz erhöht den Einfuhrzoll auf Kupfer und Kupferfabrikate. Derselbe beträgt nunmehr in Goldkopeken pro Pud: auf Kupfer und zusammengesetzte Metalle in Stangen 2c. 250, in Tafeln 2c. 310, Kupfer- und Messingfabrikate 475, Draht aus Kupfer, Messing und jeglichen Metallegirungen 400, Drahtfabrikate aus Kupfer und Kupferlegirungen 550, Fabrikmaschinen, Apparate aus Kupfer und Kupferlegirungen 350 Goldkopeken pro Pud; ferner sind Metall- und Mineralerze (ausgenommen Kupfer- und Zinkerze), sowie Graphit in Stücken und pulverisirtes Eisen nunmehr mit 4 Goldkopeken pro Pud zu verzollen.

Bukarest, 19. April. Die Deputirten-Kammer vertagte die Berathung des Gesetz-Entwurfs betreffend den autonomen Zolltarif bis nach den Ferien.

Kairo, 20. April. England hat den Vorschlag der egyptischen Regierung, einen englischen Delegirten nach Wadyhalfa zu entsenden, um im Namen des Khedive mit den Aufständischen zu unterhandeln, angenommen.